



Schulklasse (in Mainz), Götte



Mehrarbeit für Lehrer

Drastische Sparmaßnahmen will die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Rose Götte (SPD) an diesem Dienstag im Kabinett vorschlagen. Die SPD/FDP-Landesregierung, die nach der Regierungsbildung vor eineinhalb Jahren noch 800 zusätzliche Planstellen für Lehrer geschaffen hatte, soll den Bildungsetat des finanzschwachen Bundeslandes entlasten. Weil die Zahl der Schüler wegen der geburtenstärkeren Jahrgänge bis zum Jahr 2002 um mindestens 100 000 steigt, sollen Lehrer länger arbeiten und Klassen vergrößert werden. Nach bisher noch internen Plänen wird die vorgeschriebene Unterrichtszeit für Lehrer an Gymnasien von 23 auf 24 und für Realschullehrer von 26 auf 26,5 Stunden wöchentlich erhöht. Damit sollen Neueinstellungen vermieden werden. In den kommenden Schuljahren sollen jeweils nur rund 300 neue Lehrer eingestellt werden. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mainz hält mindestens 600 zusätzliche Stellen pro Jahr für erforderlich.

Greenpeace in Finanznot

Die Umweltorganisation Greenpeace hat offenbar Finanzprobleme: Bei hausinternen Buchprüfungen in der Hamburger Deutschland-Zentrale der Umweltschützer wurde jetzt eine Finanzierungslücke in der Etatplanung für 1993 in Höhe von rund 2,4 Millionen Mark entdeckt. Als Ursache des Millionenlochs gibt die Geschäftsführung „Fehl kalkulationen von Personal- und Portokosten“ an. Noch im vorigen Jahr hatte die Organisation, die als reichste Umwelt-Gruppe der Welt gilt, in Deutschland ein Spendenaufkommen von rund 66 Millionen Mark. Wegen fragwürdiger Kampagnen-Praktiken im Herbst vergangenen Jahres in

die öffentliche Kritik geraten (SPIEGEL 38/1991), leidet Greenpeace seither an Spendenschwind. Im laufenden Jahr gingen 56 Millionen Mark ein. Vorvergangene Woche beschlossen die Umweltschützer nun, 18 Stellen abzubauen. Die geplanten Entlassungen werden mit dem jüngst entdeckten Finanzloch begründet. Bereits im Sommer hatte es bei Greenpeace Krach ums Geld gegeben. Damals war der Finanzchef der Umweltorganisation, Thomas Brandt, gegangen. Er hatte einige Vorgaben für die Haushaltsplanung als unkorrekt beanstandet.

Richter in der Sekte

Das rheinland-pfälzische Justizministerium läßt prüfen, ob ein ehrenamtlicher Richter wegen seiner Aktivitäten für die umstrittene Scientology-Sekte aus dem Amt entfernt werden kann. Der Ludwigshafener BASF-Betriebsrat Dieter Klee war im Sommer letzten Jahres auf Vorschlag der IG Chemie für die Dauer von vier Jahren zum ehrenamtlichen Landesarbeitsrichter ernannt worden. Nachdem bekannt wurde, daß Klee sich für die Sekte engagiert, mit der sich bereits der Verfassungsschutz befaßt, entzog ihm der BASF-Betriebsrat den Freigestellten-Status. Inzwischen kündigte die Firma ihrem Mitarbeiter. Außerdem forderte die Gewerkschaft den Mainzer Justizminister Peter Caesar (FDP) auf, Klee aus dem Richteramt zu entfernen. Der Minister hat einen entsprechenden Prüfungsauftrag erteilt. Über eine Amtsenthebung wird das Landesarbeitsgericht entscheiden.

Höhere Porno-Steuer

Pornographische Bücher, Hefte und Bildbände sollen nach Plänen des Bonner Finanzministeriums stärker besteuert werden. Staatssekretär Franz Christoph Zeitler hat Minister Theo Waigel vorgeschlagen, auf Pornographie künftig nicht mehr den halben, sondern den vollen Mehrwertsteuersatz von

Gesetzentwurf verfassungswidrig?

Das von Finanzminister Theo Waigel (CSU) geplante Standortsicherungsgesetz verstößt nach Ansicht von Richtern des Bundesfinanzhofes gegen das Grundgesetz. Drei Senate des Bundesfinanzhofes haben mehrere Vorschriften des Gesetzesvorhabens in Gutachten als verfassungswidrig oder verfassungsrechtlich bedenklich eingestuft. Um den Standort Deutschland für Unternehmer attraktiver zu machen, will Waigel den Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkünfte von 53 Prozent auf 44 Prozent senken. Gutverdienende Freiberufler oder Angestellte dagegen sollen weiter 53 Prozent zahlen. Diese „Tarifbegrenzung“ hält der IX. Senat „wegen Verstoßes gegen den Gleichheitssatz“ schlicht „für verfassungswidrig“. Zwei Gruppen von Steuer-

bürgern würden unterschiedlich behandelt, „obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solchem Gewicht bestehen, daß sie die Ungleichheit rechtfertigen könnten“. Waigels Erwägung, die nicht begünstigten Bezieher hoher Einkommen sollten ihren höheren Steuersatz als „indirekten Solidarbeitrag“ zur Finanzierung der neuen Länder auffassen, verwarf der Senat. Es



Klein